

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

Bremen, 10.11.2014

Bearbeitet von
Dieter Wienstroer
Astrid Runte-Höfter
Tel. 361-2028
Tel. 361-6826

Lfd. Nr. **211/14**

Vorlage
für die Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend
am 04. Dezember 2014

Fortsetzungsbericht zur präventiven Schulden- und Insolvenzberatung in der Stadtgemeinde Bremen

A. Problem

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend hat zuletzt in Ihrer Sitzung am 31. Oktober 2013 einen Bericht über die Entwicklung der zum 1.7.2012 neu eingeführten präventiven Schulden- und Insolvenzberatung für Erwerbstätige mit geringem Einkommen und für Arbeitslosengeldbezieherinnen und -bezieher zur Kenntnis genommen (Vorlage Nr. 137/13); berichtet wurde über den Zeitraum bis zum 30.6.2013. Um Fortsetzung des Berichts wurde gebeten.

B. Lösung

Entsprechend der Bitte um Aktualisierung wird im Folgenden die weitere Entwicklung der präventiven Schuldenberatung bis zum Stichtag 30.9.2014 dargestellt.

Infolge der Aufstockung des Förderbudgets von 300 T€ auf 400 T€ konnten zum 01.01.2014 drei weitere anerkannte Schuldnerberatungsstellen mit der Durchführung präventiver Beratung betraut werden, so dass nunmehr 13 Einrichtungsträger dieses Angebot vorhalten.

Alle mit der präventiven Schulden- und Insolvenzberatung betrauten Stellen haben die geforderten Statistiken über die Inanspruchnahme dieses Leistungsangebotes zeitgerecht vorgelegt. Die darauf basierende zusammenfassende Auswertung der Nachfrage- bzw. Fallzahlentwicklung ist in tabellarischer Form als Anlage beigefügt.

Für den Berichtszeitraum war als Voraussetzung für die volle Auszahlung der Fördersummen ein (Mindest-) Fallaufkommen bei den Beratungsstellen von 1.196 über Zuwendungsverträge vereinbart worden. Die weiterhin hohe Nachfrage nach dieser Leistung übersteigt wiederum diese Mindestfallzahlen. Bis zum Stichtag 30.9.2014 wurden insgesamt 1.300 Personen in die Beratung aufgenommen, was gegenüber dem letzten Berichtsstichtag 30.6.2013 eine Erhöhung um 726 Fälle bedeutet. Damit kommen jeden Monat nach wie vor durchschnittlich 48 Neufälle hinzu.

Strukturell gibt es im Vergleich zur letzten Auswertung keine wesentlichen bzw. keine handlungsrelevanten Veränderungen. Nahezu gleich geblieben ist die Aufteilung auf Erwerbstätige (86,0 %) und Arbeitslosengeld I-Bezieherinnen und -Bezieher (14,0 %).

Etwas erhöht hat sich der Anteil der Personen, die aufgrund ihrer Einkommenssituation zu einem Eigenbeitrag an den Beratungskosten von einmalig 130 € herangezogen wurden; er beläuft sich insgesamt auf 15,4 % und betrifft fast ausschließlich erwerbstätige Personen.

Von den neu begonnen Fällen konnten bisher 728 Fälle (= 56 %) abgeschlossen werden. Die häufigste Abschlussart des Beratungsprozesses ist nach wie vor die Einleitung des Verbraucherinsolvenzverfahrens (61 % = 446 Fälle). Deutlich seltener gelingt eine außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern in Form von Vergleichsabsprachen über Ratenzahlungen, reduzierte Einmalzahlungen oder Stundungen (138 Fälle = 19 %). Die Zahl der Abbrüche hat gegenüber dem ersten Berichtsjahr zugenommen und beläuft sich auf 15,9 %. Kaum ins Gewicht fallen dagegen die Personen, die in ein Regelinsolvenzverfahren geleitet werden (15 Fälle = 2,1%) und Personen, die nach einer kurzen Beratungsdauer keinen weiteren Hilfebedarf aufweisen (23 Fälle = 3,2 %). Hierbei handelt es sich sowohl um Personen, die ihr Problem alleine weiter lösen möchten als auch um Personen, die aufgrund ihres Wegzuges aus Bremen hier keine abschließende Schuldenregulierung mehr erhalten können.

Aus den statistischen Angaben zur Verschuldungsintensität ist zu entnehmen, dass es weder bei der Gläubigerzahl (im Durchschnitt 9,24 Gläubiger pro Beratungsfall) noch bei der Verschuldungshöhe (1/3 kleiner 10 T€; 2/3 größer 10 T€) zu nennenswerten Verschiebungen gekommen ist.

Bei der Verteilung der Schuldnerinnen und Schuldner nach Haushaltsgröße hat sich in der längerfristigen Betrachtungsweise eine deutliche Verschiebung hin zu den Einpersonenhaushalten ergeben. Entfielen schon vormals 38 % der Nachfrage auf diese Haushaltform, so stellt sie nun mit 50,5 % = 656 Fälle die absolute Mehrheit dar – mit abnehmendem Anteil gefolgt von der Gruppe der 2, 3 und 4 Personenhaushalte.

Hinsichtlich der Geschlechterverteilung ergibt die Auswertung, dass die Beratungsstellen nach wie vor zu 2/3 von Männern und zu 1/3 von Frauen aufgesucht werden.

Zusammenfassung:

Die Nachfrage nach präventiver Schuldenberatung hat weiterhin unvermindert zugenommen (durchschnittlich rd. 48 Neufälle pro Monat). Die deutliche Mehrheit der inzwischen 1.300 überschuldeten Personen, die die präventive Beratung seit ihrer Einführung zum 1.7.2012 bis zum 30.9.2014 in Anspruch genommen haben, ist erwerbstätig, männlich, lebt in Einfamilienhaushalten, hat mehr als 10 T€ Schulden bei im Durchschnitt rd. 9 Gläubigern und beschreitet zur Schuldenbereinigung den Weg ins Verbraucherinsolvenzverfahren mit der Aussicht auf eine gerichtliche Restschuldbefreiung nach Ablauf der sog. Wohlverhaltensphase.

Im Vergleich zur Nachfrageentwicklung ist die Beratungskapazität (durch die Programmausstattung von nunmehr 400 T€ p.a.) finanziell begrenzt. Die Beratungsstellen haben die zur (bereits erfolgten) Vollauszahlung der Programmmittel erforderliche Mindestfallzahl schon per 30.9.2014 übererfüllt. Sie werden deshalb im 4. Quartal voraussichtlich nicht umhin kommen, die Bearbeitung neuer Beratungsnachfragen ins nächste Jahr zu verschieben.

C Alternativen

Keine.

D Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen/ Genderprüfung

Wie unter B dargestellt. Unter Gendergesichtspunkten ist festzustellen, dass die präventive Schulden- und Insolvenzberatung zu 2/3 von Männern und zu 1/3 von Frauen in Anspruch genommen wird. Aufgrund des gleichberechtigten Zugangs verweist das auf eine bei Männern stärker ausgeprägte Verschuldungsproblematik.

E Beteiligung/Abstimmung

Nicht erforderlich.

F Beschlussvorschlag

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Fortsetzungsbericht über die Entwicklung der präventiven Schulden- und Insolvenzberatung zur Kenntnis.

Anlage:

Tabellarische Auswertung präventive Schuldenberatung vom 1.7.2012-30.09.2014

Auswertung präventive Schuldenberatung vom 1.7.2012 - 30.09.2014

Beratungsstelle 	SHB	A Conto	Anker	Strafffällig.	Solidarische	InnMiss	SVK	Hanseatische	Arche	Caritas	ADN <i>neu</i>	Verbraucherh. <i>neu</i>	Die SchuldnerBer. <i>neu</i>	gesamt absolut	gesamt relativ
Berichtszeitraum alt Fallaufkommen 1.7.12 - 30.6.2013	105	60	38	43	140	40	31	38	33	46	0	0	0	574	
Fallzuwachs vom 30.6.13 - 20.9.14	80	93	52	31	201	49	30	41	33	51	15	26	24	726	
Berichtszeitraum neu Fallaufkommen 1.7.12 - 30.9.2014	185	153	90	74	341	89	61	79	66	97	15	26	24	1300	100,0%
davon männlich	107		66	61	202	63		54	46	56	11	16	20	702	
davon weiblich	78		24	13	105	26		25	21	41	4	10	4	351	
davon Erwerbstätige	149	136	82	60	293	72	55	70	59	84	13	22	23	1118	86,0%
davon ohne Eigenanteil	118	83	78	52	256	70	44	59	52	62	8			882	78,9%
davon mit Eigenanteil	31	53	4	8	37	2	11	11	7	22	5			191	17,1%
davon ALG I-Empf.	36	17	8	14	48	17	6	9	7	13	2	4	1	182	14,0%
davon ohne Eigenanteil	34	13	8	14	47	17	5	8	7	13	2			168	92,3%
davon mit Eigenanteil	2	4	0	0	1	0	1	1	0	0	0			9	4,9%
abgeschlossene Fälle	132	91	47	44	171	27	38	46	59	58	4	6	5	728	56,0%
davon Ratenzahlung	13	4	4	2	5	8	14	1	8	5	1	2	1	68	9,3%
davon Einmalzahlung	10	7	4	13	20	0	1	1	8	0	0	0	0	64	8,8%
davon Verbraucherinsolvenz	78	55	29	13	122	14	23	26	33	44	3	4	2	446	61,3%
davon Regelinsolvenz	4	1	1	0	0	0	1	4	1	1	0	0	2	15	2,1%
davon Stundung	1	0	2	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	6	0,8%
davon kein weiterer Hilfebedarf	3	4	1	7	0	0	4	2	2	0	0	0	0	23	3,2%
davon Abbruch	23	20	6	8	23	5	5	12	6	8	0	0	0	116	15,9%
durchschn. Bearbeitungsdauer in Tagen															
Fälle weiter in Bearbeitung	53	62	43	30	170	62	23	33	7	39	11	20	19	572	44,0%
durchschn. Gläubigerzahl	8,3	7,9	7,4	11,2	10,0	8,9	10,3	11,7	8,1	10,0	10,6	7,9	6,1	9,24	
Schuldenhöhe															
bis 10.000 €	69	39	21	29	113	30	22	22	18	34	4	14	10	425	32,7%
über 10.000 €	116	114	69	45	228	59	39	57	48	63	11	12	14	875	67,3%
Haushaltsgröße															
1 Person	96	75	32	46	176	58	30	29	26	48	7	20	13	656	50,5%
2 Personen	35	38	11	9	77	12	17	20	22	16	5	4	2	268	20,6%
3 Personen	23	26	14	6	45	8	8	16	8	19	2	0	6	181	13,9%
4 Personen	25	11	17	2	24	7	5	5	4	10	1	2	1	114	8,8%
mehr Personen	6	3	16	3	18	4	1	9	6	3	0	0	1	70	5,4%
nicht zugeordnet				7	1					1			1	10	0,8%
zum Vergleich: vereinbarte Mindestfallzahl	167	147	51	70	323	88	58	78	65	87	12	26	24	1196	
Über-/Unterschreitung der Mindestfallzahl ivH	10,8%	4,1%	76,5%	5,7%	5,6%	1,1%	5,2%	1,3%	1,5%	11,5%	25,0%	0,0%	0,0%	8,7%	